

Zürich und Regensdorf, 7. April 1997

KR-Nr. 113/1997

**MOTION** von Peter Grau (SD, Zürich) und Hans Rudolf Metz (SD, Regensdorf)  
betreffend Massnahmen gegen die hohe Arbeitslosigkeit im Kanton Zürich

---

Der Regierungsrat wird ersucht, zusammen mit dem Bund, im Sinne von Notmassnahmen, Gesetzesänderungen vorzunehmen, wonach der Familiennachzug bei Ausländern bis auf weiteres zu unterbrechen sei. Weiter dürfen neue Wohnsitz- und Arbeitsbewilligungen an Ausländer nur dann erteilt werden, wenn kein Schweizer oder niedergelassener Ausländer für eine offene Stelle gefunden oder umgeschult werden kann. Für Asylgesuchsteller, Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen soll bis auf weiteres eine Arbeitsaufnahme nicht mehr möglich sein.

Peter Grau  
Hans Rudolf Metz

Begründung:

Täglich hören wir von Entlassungen, Kurzarbeit, Betriebsschliessungen und Auslagerung von Produktionsstätten ins Ausland. Lehrstellen sind rar geworden und neue Arbeitsplätze fehlen. Das hier etwas unternommen werden muss, um den Zuzug von neuen Arbeitskräften aus dem Ausland zu unterbinden, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Alleine im Kanton Zürich sind über 36'000 Menschen ohne Arbeit. Erschreckend hoch ist der Anteil von arbeitslosen Ausländern, zur Zeit ca. 50 Prozent. Bei der anhaltenden Rezession ist es erste Priorität den Schweizern und niedergelassenen Ausländern einen Arbeitsplatz zu sichern.

Der Bundesrat und die Regierung scheinen vom Problem, des Familiennachzuges von Ausländern von arbeitssuchenden Asylanten, Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen, auf den hiesigen Arbeitsmarkt nicht sonderlich beeindruckt zu sein. Sie nehmen die Lage nicht ernst genug und sind demzufolge nicht bereit entsprechende Massnahmen, zur Stabilisierung der ausländischen Wohn- und Arbeitsbevölkerung und zur Entlastung auf dem Arbeitsmarkt, zu treffen.

Die Arbeitslosenstellen sind leer. Sozialeinrichtungen, AHV/IV und das Gesundheitswesen leiden an chronischen Defiziten. Alleine mit den neuen Arbeitsvermittlungszentren und Weiterbildungskursen kann die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht entschärft werden. Bundesrat und Regierung müssen einsehen, dass bei der Wohn- und Arbeitsbewilligungserteilung und dem Familiennachzug für Ausländer angesetzt werden muss. Schweizer und niedergelassene Ausländer müssen auf dem Arbeitsmarkt zuerst berücksichtigt werden.

Die Schweiz mit dem höchsten Ausländeranteil in Europa muss sich nicht schämen jetzt die Schraube fester anzuziehen. Alle Länder rund um die Schweiz tun dasselbe.